

Editorial

Kaum ein Land unter den Nachfolgestaaten der Sowjetunion hat solche Identitätsprobleme wie das nach dem Zerfall der UdSSR entstandene Weißrussland/Belarus. Am Rande Ostmitteleuropas gelegen, hat dieses Gebiet zwei Weltkriege, die bolschewistische Revolution und die stalinistischen Säuberungen durchlitten.

Das vorliegende Heft von „Ost-West. Europäische Perspektiven“ widmet sich den Problemen des Landes, das religiös und national differenziert ist und von einem machtbewussten Herrscher – Präsident Alexander Lukaschenko – regiert wird. Der weißrussische Historiker Andrej L. Kishtymov zeichnet Geschichte und Gegenwart dieses in Mitteleuropa wenig beachteten Landes: objektiv und ohne Illusionen. Die Frage, ob Belarus eher Russland oder dem westlichen Europa zuneigt, untersucht Iris Kempe. Sie warnt davor, durch Isolation Weißrusslands „eine neue Trennlinie durch Europa“ zu zementieren. Belarus bleibe einer der schwierigsten Nachbarstaaten: mit ungeklärter Identität, struktureller Nähe zu Europa und einem autoritären Regime.

Andrej V. Danilov beschreibt die Situation der Religion in Weißrussland: 80 % der Bevölkerung bekennen sich zur Orthodoxie, 9,9 % zum Katholizismus, 0,7-2 % zum Protestantismus und 0,3 % zum Judentum. Die Juden spielten in Geschichte und Kultur Weißrusslands eine bedeutende Rolle. Heute ist dies eine „versunkene Welt“. Frank Nesemann entwirft ein eindrucksvolles Bild von ihrer Blütezeit im polnisch-litauischen Großreich über die Periode der Pogrome bis zum Holocaust.

Bei der Katastrophe im ukrainischen Tschernobyl ging der meiste atomare Fallout auf weißrussisches Gebiet nieder. Noch immer existieren dort auf den verstrahlten Flächen Menschen, „weil man irgendwo leben, arbeiten und Kinder großziehen muss“.

Das gespannte Verhältnis weißrussischer Behörden zu Europa und zum Westen wird im Interview mit dem Leiter der OSZE-Mission in Minsk deutlich. Ein Porträt Präsident Lukaschenkos markiert die Position dieses selbstherrlich regierenden Präsidenten, der noch immer den Zerfall der Sowjetunion für „ein Verbrechen“ hält.

Die Redaktion